

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/151

9. August 1972

Und allein darauf kommt es an!

Zahlen und Fakten zum Bundeshaushalt

Von Max Seidel MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche
Finanzwirtschaft der SPD-Fraktion des Bundestages

Seite 1 bis 3 / 104 Zeilen

Ferien für alle Familien

Urlaub ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsvorsorge

Von Käthe Strobel MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und
Gesundheit

Seite 4 / 39 Zeilen

Versteufelung der Jusos

Zur Wahlkampfstrategie der Unionsparteien

Seite 4a / 41 Zeilen

Heinemann und die Olympischen Spiele

Das Münchner und Kieler Programm des
Präsidenten

Seite 5 / 40 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 886 845 / 886 847/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Und allein darauf kommt es an!

Zahlen und Fakten zum Bundeshaushalt

Von Max Seidel MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche
Finanzwirtschaft der SPD-Fraktion des Bundestages

Die politischen Panikmacher gehen um, Unionssprecher Barzel, Strauß und andere predigen landauf, landab, daß der Bürger in einem Staat lebe, der von Krisen aller Art erschüttelt sei. Die Wirklichkeit, das weiß jeder Bürger, ist anders.

Wir haben eine florierende Wirtschaft und keine Streiks, die unser Wirtschaftsleben erschüttern. Wir haben Vollbeschäftigung und keine Arbeitslosigkeit. Im Kreis der Industrienationen der Welt wird unsere D-Mark als die härteste Währung angesehen. In der Preisentwicklung aller Industrienationen stehen wir an der untersten Sprosse der Preisleiter.

Barzel und Strauß müssen von einem Geisterland sprechen, das nur in ihren Köpfen herumspukt. Die Bundesrepublik Deutschland können sie nicht meinen.

Das gleiche gilt für die Panikmacher zu Fragen der Finanz- und Haushaltspolitik des Bundes. Viele Staaten der Welt beneiden die Bundesrepublik ob der soliden Finanzlage im Bund, Ländern und Gemeinden. Es gibt bei uns weder eine Finanzkrise noch eine Entwicklung zum Staatsbankrott. Das sind Hirngespinnste der Opposition.

Für das Jahr 1972 wird ein Bruttosozialprodukt in Höhe von 820 Milliarden DM (im Vorjahr 756 Milliarden DM) erwartet. Die Steuereinnahmen des Bundes sind auf 98,2 Milliarden DM geschätzt. Bereits jetzt kann mit einer Mehreinnahme von einer Milliarde DM im Jahr 1972 gerechnet werden.

Das sind die positiven Fakten und Zeichen unserer wirtschaftlichen und finanzpolitischen Lage.

Wenn z.Zt. der Entwurf des Bundeshaushaltes 1972 im Brennpunkt parlamentarischer Auseinandersetzung steht und das besonders

Öffentliche Interesse findet, dann steckt dahinter nichts Bournuhigendes. Im Gegenteil. Das öffentliche Interesse am Bundeshaushalt kann man nur begrüßen.

Wie sieht die Haushaltsvorlage 1972 aus?

1/ Die Gesamteinnahmen und Ausgaben sind vorläufig auf 109,3 Milliarden DM vorgesehen.

2/ Die Einnahmen sollten bisher gedeckt werden aus:

a/ Steuereinnahmen von	98,2 Milliarden DM
b/ Verwaltungseinnahmen von	3,8 Milliarden DM
c/ Nettokreditaufnahme von	7,3 Milliarden DM

	109,3 Milliarden DM

Aus dem Ausgabenbedarf des Bundes seien die wesentlichsten Globalsummen hervorgehoben:

a/ Für die soziale Sicherung	=	28,6 Milliarden DM (Vorjahr 26,3 Mrd. DM)
b/ Für militärische und zivile Verteidigung	=	25,4 Milliarden DM (Vorjahr 23,0 Mrd. DM)
c/ Für den Verkehr	=	14,5 Milliarden DM (Vorjahr 11,7 Mrd. DM)
d/ Für Bildung und Wissenschaft	=	5,2 Milliarden DM (Vorjahr 4,0 Mrd. DM)
e/ Für Jugend, Familie und Ge- sundheit	=	4,5 Milliarden DM (Vorjahr 4,2 Mrd. DM)
f/ Für Städtebau und Wohnungs- wesen	=	3,4 Milliarden DM (Vorjahr 2,5 Mrd. DM)

Wer diesen Ausgabebedarf, in Zahlen ausgedrückt, richtig wertet, dem wird klar, daß die Bundesregierung auch den Bundeshaushalt 1972 nach ihrem Reformprogramm gestaltet hat.

Dabei ist diesmal die finanzielle Ausstattung der Länder und Gemeinden stark verbessert worden. Für die nächsten zwei Jahre erhalten die Länder statt bisher 30 vH, nun 35 vH. Anteil

an der Umsatzsteuer. Das ist ein Mehr von 2,250 Milliarden DM. Dazu gewährt der Bund 550 Millionen DM Ergänzungszuweisungen an die leistungsschwachen Länder. Der Freistaat Bayern erhält davon 120 Millionen DM. Die respektable Summe von insgesamt 2,8 Milliarden DM wird den Ländern 1972, also zusätzlich, gewährt.

An die Gemeinden wird ein zusätzlicher Betrag in Höhe von 700 Millionen DM aus dem Ertrag der Mineralölbesteuerung geleistet. Das alles kommt den Gemeinschaftsleistungen zugute. Bei diesem Sachverhalt von einer Finanzkrise zu sprechen ist reine Demagogie der Opposition.

Infolge der gut anlaufenden Konjunkturontwicklung - entgegen den falschen Prognosen von Strauß im März 1972 - bemühen sich Regierung und Koalition um eine vorsorgliche Dämpfungsmaßnahme in Form einer Korrektur der Gesamtausgabe. Zu diesem Zweck ist der Haushaltsentwurf, gegen den Widerstand der Opposition, nochmals an den Haushaltsausschuß zurückverwiesen worden. Seine Aufgabe wird es sein, weitere 1,3 Milliarden DM an Einsparungen vorzunehmen und damit die Nettokreditverschuldung von 7,3 auf sechs Milliarden DM herabzusetzen. Der Ausschuß will die sachgerechten Entscheidungen in einer Sondersitzungswoche ab 12. September treffen.

Die Kürzung in dieser Höhe ist weder etwas Ungewöhnliches, noch Sensationelles. Ich darf erinnern:

1/ Zu Zeiten Adenauers, mit Finanzminister Schäffer, wurden 1959 bei 40 Milliarden DM Gesamthaushalt = 2,5 Milliarden DM gekürzt.

2/ Zu Zeiten Erhards, mit Finanzminister Dählgrün, wurden 1964 bei 60 Milliarden DM Gesamthaushalt = 2,2 Milliarden DM gekürzt.

3/ Und zu Zeiten Kiesingers, mit Finanzminister Strauß, wurden 1969 bei 83,3 Milliarden DM Gesamthaushalt = 1,7 Milliarden DM abgeschrieben.

Die "Unions"-Politiker von damals sahen in diesen Maßnahmen keine Zeichen von Finanzkrise und Offenbarungseid. Nur wenn Bundeskanzler Brandt und sein Finanzminister Schmidt etwas Ähnliches tun, dann ist es für die CDU/CSU-Opposition Unrecht, ist es falsch! Mit dem Maßnahmenbündel von 1972 wird aber stabilitätsbewußt und haushaltspolitisch vernünftig gehandelt.

Auch nach der Korrektur bleibt der Bundeshaushalt 1972 immer noch ein Haushalt, der in seinem Grundkonzept nach Inhalt und Umfang das Programm der Reformen dieser Bundesregierung darstellt.

Und allein darauf kommt es an!

(-/ex/9-8-1972/mi)

* * *

Ferien für alle Familien

Urlaub ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsvorsorge

Von Käte Strobel MdB

Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Immer mehr Eltern wünschen sich, ihren Urlaub gemeinsam mit den Kindern verbringen zu können. Gemeinsamer Urlaub bringt nicht nur die ersuchte Entspannung und Erholung, sondern bietet darüber hinaus die Möglichkeit, sich besser kennenzulernen und den Kontakt innerhalb der Familie, der im Alltag manchmal etwas zu kurz kommt, wieder zu intensivieren. Lange Zeit bedeutete der Urlaub mit Kindern vor allem für die Mütter eher eine Belastung als Erholung. In der nicht gerade kinderfreundlichen Bundesrepublik war es oft schwierig, mit Kindern eine entsprechende Unterkunft zu finden. Durch den Bau der Familienferienstätten, an denen sich der Bund seit 1956 mit über 54 Millionen Investitionskosten beteiligt hat, wurde für viele Familien die Möglichkeit geschaffen, gemeinsam mit ihren Kindern Ferien zu machen, in einer Umgebung, die auf Kinder eingestellt ist und für einen Preis, der auch für kinderreiche Familien erschwinglich ist.

Inzwischen stehen in 130 gemeinnützigen Familienferienstätten insgesamt 15.700 Betten zur Verfügung. Diese gemeinnützigen Familienferienstätten sollen vor allem den Familien helfen, die sonst nicht in der Lage wären, ihre Ferien gemeinsam an einem Erholungsort zu verbringen; also kinderreiche Familien, Familien mit behinderten Kindern und Familien, die in schwierigen Wohnverhältnissen leben. Aufgabe der öffentlich geförderten Familienerholung ist es, die Voraussetzung zu schaffen, daß sich Familien Urlaub - normalen Urlaub - materiell und zu vertretbaren Bedingungen leisten können.

Aber es hat sich gezeigt, daß es mit einem weiteren Ausbau der gemeinnützigen Familienferienstätten allein nicht getan ist. Wir brauchen die Kooperation von gemeinnütziger und kommerzieller Anbietern.

Der kommerzielle Touristikmarkt hat in den letzten Jahren sein Angebot an familienfreundlichen Urlaubsmöglichkeiten beträchtlich vermehrt. Es bedarf deshalb einer Abstimmung zwischen den gemeinnützigen und kommerziellen Veranstaltern, um das Angebot so familiengerecht und kinderfreundlich wie möglich zu beeinflussen. Urlaub ist ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsvorsorge.

Vom medizinischen Standpunkt aus wird dringend empfohlen, wenigstens einmal im Jahr richtig auszuspannen und neue Anregungen für den Alltag zu sammeln. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß alle Familien sich diesen Urlaub vom Alltag leisten können.

(-/ex/9.8.1972/ks)

Verteufelung der Jusos

Zur Wahlkampfstrategie der Unionsparteien

Die Grundzüge der Wahlstrategie der Unionsparteien für die kommenden Bundestagswahlen lassen sich schon heute erkennen. Generalkennzeichen ist die Mobilisierung der Furcht, das Schüren von Ängsten in der Bevölkerung und die Aufpeitschung von Emotionen. Dem Bürger soll das Gruseln beigebracht werden. Für das Eingehen auf sachliche Argumente ist hier kein Raum, die politische Vernunft bleibt auf der Strecke. Die Unionsparteien entwickeln sich unter dem Einfluß von Strauß zu einem Sammelbecken reformfeindlicher Kräfte.

Zu dieser Wahlkampfstrategie gehört als wichtiges Element die Verteufelung der Jungsozialisten. Sie werden zum Buhmann aufgebaut, zu radikalen Umstürzlern der Gesellschaft, die alles auf den Kopf stellen wollen, abgestempelt, und jede Äußerung eines kasardierenden Utopisten - die gibt es ja auch - wird zur verbindlichen Aussage der Gesamtorganisation erklärt. Hier fehlt jedes Unterscheidungsvermögen und der Wille zu differenzieren. Das junge Menschen - und nicht nur die Jusos - vielfach ein stärkeres Gespür für die Ungerechtigkeiten und Unvollkommenheiten unserer Gesellschaft haben als manche ältere Bürger und daß sie vieles schneller vorantreiben möchten, dafür mangelt es an Verständnis, und auch für das moralische Motiv, das hinter dem Begehren der politisch bewußten Generation steckt. Waren es nicht die Jusos, die auf die oft unwürdige Lage der Gastarbeiter die Öffentlichkeit aufmerksam machten, schockierende Tatbestände enthüllten, die Probleme der Obdachlosen beleuchteten, auf die Mängel in der Schul- und Bildungspolitik hinwiesen und hemmungslose Bodenspekulation als das bezeichneten was sie ist, nämlich ein gesellschaftliches Grundübel mit verheerenden Auswirkungen? Ist ihr leidenschaftliches Engagement für die Behebung von Mißständen gesellschaftsgefährdend und verdammenswert?

Die Wahlstrategen der Unionsparteien möchten es aus allzu durchsichtigen Gründen als gesellschaftsgefährdend und verdammenswert abqualifizieren. Sie verteufeln die Jusos, wider bessere Einsichten, insgesamt. Das Moralische in der Politik hat für sie kaum eine Bedeutung. Eine Partei wie die Sozialdemokratie, die mit dem hohen Anspruch, die Gesellschaft zu humanisieren, die Bühne der Geschichte betreten hat, tut gut daran, in ihren Reihen keine Kluft zwischen den Generationen entstehen zu lassen. Im starken moralischen Engagement der politisch bewußten jungen Generation die die Zukunft mitzugestalten hat und mitgestalten will, liegt eine ihrer größten Kraftquellen. (ac/ox/9.8.1972/ks)

Heinemann und die Olympischen Spiele

Das Münchner und Kieler Programm des Präsidenten

Bundespräsident Dr. Dr. Gustav W. Heinemann wird im August, dem Monat der Olympischen Spiele 1972, seine Amtspflichten vorwiegend sportlich erledigen. Der Schirmherr der Olympischen Spiele 1972 hat mit seinem Mitarbeiterstab des Bundespräsidialamtes ein Olympisches Programm vorbereitet, das sich deutlich von der allgemeinen Tendenz "großer Repräsentation" abheben soll. Das Staatsoberhaupt, selbst aktiver Freizeitsportler und Schwimmer, will den "Glanz" der unumgänglichen Empfänge und Protokollpflichten während der Olympischen Spiele auf ein Mindestmaß beschränken.

Der vitale 72jährige Bundespräsident scheint wenig geneigt, allein dem Spitzensport seine staatsmännische und persönliche Aufmerksamkeit zu schenken. So will Gustav Heinemann die Bundesjugendspiele und die "Heidelberger Weltspiele der Behinderten und Gelähmten" im Zusammenhang mit seinem Engagement für die Olympischen Spiele 1972 bewertet haben. Aus der Sicht des Bundespräsidenten war es daher selbstverständlich, daß er auch dem Wunsch für die Schirmherrschaft dieser Heidelberger Weltspiele entsprach. Bevor der Bundespräsident am 16. August im Münchner Stadion die Olympischen Spiele 1972 für eröffnet erklärt, war er auch Gast in Heidelberg bei den Behindertensportlern. Heinemann hatte bereits anlässlich eines Israelbesuches die Spiele 1968 in Tel Aviv besucht.

Das offizielle Olympia-Programm beginnt für den Präsidenten mit der Teilnahme an der Eröffnungssession des Internationalen Olympischen Komitees am 19. August. Während seines Aufenthaltes in München wohnt der Repräsentant der Bundesrepublik in der "Münchner Residenz", wo er am Abend nach der Eröffnung der Olympischen Spiele am 26. August einen Empfang für die Gäste aus mehr als 130 Ländern gibt. Für zwei Tage reist Dr. Heinemann in Begleitung seiner Frau zu den Segelwettbewerben nach Kiel und kehrt am 9./10. September 1972 zur Schlußfeier der Spiele nach München zurück.

Der Präsident legt offenbar großen Wert darauf, auch hinter die Kulissen der Olympischen Szenerie zu sehen. So werden Stadionarbeiter, die Helfer in den "hinteren Reihen" und die rund 25.000 Bundeswehrsoldaten mit einem Präsidentenbesuch rechnen können. Auch im Pressezentrum wird sich der erste Mann des Staates informieren, während seine Frau einen "Olympischen Damenpleusch" im Frauendorf führt.

(eds/cx/9.8.1972/bg:)